



2013/186

19.09.2013

Beschlussvorlage

- öffentlich -

Nahverkehrsplan für den Landkreis Nienburg/Weser 2013 - 2017

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt den in Anlage 1 dargestellten Abwägungsvorschlägen für den Nahverkehrsplan zu. Er empfiehlt den in Anlage 2 beigefügten Entwurf für einen Nahverkehrsplan zu beschließen.

Beratungsfolge

Gremium:

- Ausschuss für Regionalentwicklung
- Kreisausschuss
- Kreistag

Datum:

07.11.2013
11.11.2013
13.12.2013

Sachverhalt

Die Kreisverwaltung hat mit Schreiben vom 06.05.2013 einen rund 60 Stellen umfassenden Verteilerkreis über die Einleitung eines Beteiligungsverfahrens gem. § 6 Abs. 4 Niedersächsisches Nahverkehrsgesetz (NNVG) informiert und auf den Entwurf für den Nahverkehrsplan 2013 – 2017 hingewiesen, der auf der Internetseite des Landkreises verfügbar ist. Die Beteiligten wurden in diesem Schreiben aufgefordert ihre Stellungnahmen bis zum 19.07.2013 abzugeben. Einigen Gemeinde wurde eine Fristverlängerung bis zum 10.09.2013 gewährt, damit diese ihre politischen Gremien beteiligen konnten.

Im Ergebnis sind 15 Stellungnahmen eingegangen, von denen knapp die Hälfte so substantiell ist, dass Änderungen am Nahverkehrsplan erforderlich werden. Dies trifft für die Stellungnahmen folgender Stellen zu:

1. Der FD 211 Kultur und Bildung (Landkreis Nienburg) hat Hinweise zu Änderungen an der Schullandschaft bzw. zu rechtlichen Vorschriften vorgeschlagen, die im NVP-Entwurf entsprechend berücksichtigt werden sollen.
2. Die Samtgemeinde Grafschaft Hoya hat zahlreiche Wünsche zur Verbesserung des Fahrplanangebots geäußert, die z. T. im Kap. A 4.1 des NVP ergänzt werden können, ohne dass diese Wünsche, deren Umsetzung mit einem z. T. erheblichen Aufwand verbunden wäre, gleich als Ziel des Nahverkehrsplanes formuliert werden. Den Korrektur- und Aktualisierungshinweisen soll gefolgt werden.
3. Die Stadt Rehburg-Loccum hat zahlreiche Wünsche zur Verbesserung des Fahrplanangebots insbesondere zwischen der Stadt Rehburg-Loccum und der Region Hannover geäußert. Sie spricht sich ferner für eine Erweiterung des GVH-Tarifs auf das gesamte Stadtgebiet aus. Diese Anregungen könnten z. T. im Kap. A 4.1 NVP festgehalten werden.
4. Die Samtgemeinde Mittelweser regt einige Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV an, darunter den Ausbau von Haltestellen. Sie fordert ferner, das ÖPNV-Angebot weniger stark auf die Belange von Schülerinnen und Schülern und mehr auf die Belange anderer Fahrgastgruppen auszurichten. Die Wünsche der Samtgemeinde werden teilweise in Kap. A 4.1 NVP ergänzt.
5. Die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG) hat einige Korrekturhinweise und Hinweise gegeben, denen gefolgt werden soll bzw. die zur Kenntnis genommen werden.
6. Der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen GmbH (VBN) hat einige Korrekturhinweise gegeben, denen gefolgt werden soll.
7. Der Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (ZVBN) hat einige Formulierungsvorschläge unterbreitet und Hinweise gegeben, denen durch Änderung des NVP-Entwurfes gefolgt werden soll.

Eine detaillierte Übersicht über die eingegangenen Stellungnahmen und die von der Kreisverwaltung erarbeiteten Abwägungsvorschläge ist in Anlage 1 enthalten.

Der aufgrund dieser Anregungen sowie des weiteren Aktualisierungsbedarfs geänderte NVP-Entwurf ist in Anlage 2 beigefügt.

Finanzielle Auswirkungen:

Der Beschluss hat keine finanziellen Auswirkungen.

Anlagen:

- Auswertung der Stellungnahmen zum Beteiligungsverfahren für die Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes 2013-2017
- Nahverkehrsplan 2013-2017